



„Was hast du für ein Wesen?“
„Der arm' Mann in der Welt mag nit mehr genesen!“
Kennlösung der aufständischen Bundschuhbewegung 1524/25

Bundschuh-Blätter

Nr. 16

Informationen des MdB-Büros Winfried Wolf

Januar 2002

Herausgegeben vom MdB-Büro Winfried Wolf. Mitarbeitende: Ute Abraham, Alexander King, Bernhard Strasdeit. Berliner Büro: Winfried Wolf, MdB, Jägerstr. 67, 10117 Berlin, Tel.: (030) 227-71788, Fax: (030) 227-76068, www.winfried-wolf.de. eMail: winfried.wolf@bundestag.de. – Stuttgart: W. Wolf, MdB, Moserstr. 24, 70182 Stuttgart, Tel.: (0711) 2368095, Fax: (0711) 232268, eMail:winfried.wolf@wk.bundestag.de. Herstellung: GNN Verlag Stuttgart.

PDS verteidigt Caritas, Diakonisches Werk und Bahnmissionsmission Wo bleiben christliche Nächstenliebe und sozial- demokratische Solidarität?

von Winfried Wolf

Bahnhöfe müssen als öffentlicher Raum erhalten bleiben. Die PDS brachte dazu im Bundestag einen Entschließungsantrag ein. Anlass war ein Interview von „Bild am Sonntag“ mit Bahnchef Mehdorn, in welchem dieser eine weitgehende Einschränkung der Tätigkeit der Bahnmissionsmission auf den Bahnhöfen ankündigte.

Im unserem Antrag wurde gefordert: Der Bund als Eigentümer der DB AG möge „darauf hinwirken, dass die Bahnmissionsmissionen weiterhin integraler Bestandteil der Bahnhöfe der Deutschen Bahn AG bzw. der AG Station und Service bleiben und auch eine Einschränkung ihrer Tätigkeiten, wie sie vom Vorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, gefordert wurde, nicht erfolgt“.

Der Antrag erhielt nur die Stimmen der PDS. Alle anderen Parteien stimmten dagegen. Inhaltlich wurde die Ablehnung von den übrigen Parteien nicht begründet. Dabei haben Caritas und Diakonisches Werk bereits deutlich gemacht, dass Mehdorns Begründung, die Bahnmissionsmissionen zögen Obdachlose an, haltlos sind. Bahnhöfe, die keine Bahnmissionsmission haben, weisen nicht weniger Obdachlose auf als solche mit Bahnmissionsmissionen.

Es ist erschreckend, wie hartleibig Bundestagsparteien, die sich ausdrücklich zur christlichen Nächstenliebe oder zur Solidarität mit den sozial Schwachen bekennen, eine Bahnpolitik der sozialen Kälte unterstützen.

Caritasverband und Diakonisches Werk kritisierten die Absichten des Bahnmanagements. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. plant im Wahljahr 2002 Aktionen gegen die soziale Ausgrenzung Wohnungsloser.

Terrorismus, Globalisierungskritik und Widerstand

Was auch immer die Hintermänner, was auch immer die Ziele des Anschlags vom 11. September 2001 gewesen sein mögen – der schwedische Schriftsteller Henning Mankell hat recht: „Der innerste Kern des Terrorismus ist es, Schrecken zu verbreiten... (Doch) Menschen in Panik können dazu gebracht werden, in jede Richtung zu laufen. Der Terrorismus benutzt die Panik als Instrument... Was die terroristische Philosophie reaktionär macht.“ Vor knapp 100 Jahren wurde ähnlich argumentiert: „Wer den Glauben an die revolutionären Möglichkeiten verloren (hat)“, der „verneint... die einschüchternde Rolle des Terrorismus völlig“ und „rückt... die aufrüttelnde Bedeutung des Terrorismus in den Vordergrund“. Wobei W. I. Lenin mit diesen Worten die Taten von anarchistischen Terroristen verurteilte, deren Terrorakte – u.a. Zaren-Morde – im Gegensatz zu den heute zur Debatte stehenden Terrorakten durchaus auf Zustimmung bei der Bevölkerung stieß.

Mit oder ohne Bezug auf Mankell oder Lenin wird nach den Erfahrungen mit dem 11. September 2001 erneut deutlich: Terroristische Akte nutzen in erster Linie der politischen Reaktion. Nur vier Monate nach den Ereignissen in New York ist eine weltweite Rechtsentwicklung und eine Schwächung der linken – antiimperialistischen, gewerkschaftlichen, demokratischen und umweltpolitischen – Kräfte festzustellen: Flächendeckend werden in den USA und in Europa demokratische Rechte abgebaut, Menschen islamischen Glaubens und „ausländischen“ Aussehens unterliegen einem Generalverdacht, das völkerrechtswidrige Bombardement Afghanistans fand in den Parlamenten der USA und Europas Mehrheiten, die teilweise über 95 Prozent (Bundesrepublik Deutschland) oder gar bei 99,9 Prozent (USA) lagen. Krieg in Form eines Raubkriegs wurde zum Bestandteil der „westlichen Zivilisation“, womit das Rad

der Geschichte zurückgedreht wurde.

Die Anschläge vom 11. September haben vor allem in unserem Land den Trend zur Militarisierung der Politik beschleunigt. Verteidigungsminister Rudolf Scharping schien vor dem 11. September 2001 vor seinem Sturz zu stehen. Ursache dafür war nicht primär seine Swimming-Pool-Photo-Session, die er immerhin auf Anraten einer Public-Relation-Agentur hatte fabrizieren lassen. Vielmehr hatte es vor dem Anschlag in New York die beeindruckenden Mobilisierungen gegen die „Globalisierung“ gegeben. Und es gab eine ernsthafte öffentliche Aufarbeitung des Nato-Kriegs in Jugoslawien: Der „Hufeisenplan“, den Kriegsminister Scharping im April 1999 präsentiert hatte, wurde öffentlich als das dargestellt, was er war: ein Produkt westlicher Geheimdienste zur Rechtfertigung dieses Angriffskriegs. In den Regierungsparteien SPD und Grünen verstärkten sich kriegs- und interventionskritische Positionen. Auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestags vom 29. August 2001, auf der der Bundeswehr-



Einsatz in Mazedonien beschlossen wurde, verfügten SPD und Grüne über keine „eigene“ Mehrheit mehr.

Mit dem Terrorakt in New York wurde diese Entwicklung gestoppt und umgekehrt. Beim zweiten Mazedonien-Beschluss am 27. September 2001 gab es bereits wieder eine „eigene Mehrheit“ von SPD und Grünen. Am 16. November 2001, beim ersten Beschluss zu einem Bundeswehreinsetz im Rahmen der „Allianz gegen den Terrorismus“, konnten Schröder und Fischer diese Mehrheit ausbauen und – wenn auch über das Erpressungsmittel „Vertrauensfrage“ – sogar eine „Kanzler-Mehrheit“ erzwingen. Schließlich vergrößerte sich am 20. Dezember 2001, beim Beschluss über einen weiteren Bundeswehreinsetz im Rahmen der „Allianz“, nunmehr direkt in Afghanistan selbst, die Zustimmung von SPD und Grünen für einen deutschen Kriegsbeitrag nochmals. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung konsolidierte sich auch die Position von Rudolf Scharping, obgleich dieser auch in diesen Wochen kaum eine Gelegenheit ausließ, seine mediengeile Schwatzhaftigkeit – u.a. mit der (offenherzigen) Ankündigung eines nächsten Krieges in Somalia – unter Beweis zu stellen.

Die Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Krieg und die neue Militarisierung der Politik erschienen im Angesichts der ersten Kriegsdrohungen und am Beginn der Angriffe auf Afghanistan durchaus erfolgversprechend. Inzwischen ist jedoch die Krise der Anti-Kriegs-Bewegung weltweit und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich. Obgleich wir in Bälde eine Ausweitung des „Kriegs gegen den Terror“ erleben dürften, obgleich die Lunte für einen Flächenbrand an mehrere Brennpunkte (Kaschmir, Israel/Palästina, Somalia, Irak) angelegt ist und obgleich der „deutsche Beitrag“ zu diesem neuen imperialistischen Krieg erst aussteht und die Bundesmarine gerade erst vor Weihnachten gen Horn von Afrika ausgelaufen ist, erweist sich die Linke als viel zu passiv und allzu oft als ratlos. Jetzt rächt sich, dass die „Globalisierungskritik“ einen unzureichenden zentralen Ansatzpunkt hat (die Kritik an der Macht der Konzerne) und dass die Mehrheit in der Attac-Strömung eine verengte Perspektive weist (Tobin-Steuer, gegen Privatisierungen und WTO-Freizhandel). Vor allem aber gilt für die gesamte aktuelle Linke, gleich ob diese bei Attac, in den Euromärschen, in der PDS oder in anderen Kollektiven aktiv ist: Die Kritik an der Militarisierung der Politik und am Krieg darf nicht als Suffix zur sonstigen Kapitalismuskritik gesehen werden. Es geht nicht darum, dass es „im übrigen auch...“ diese Kriegsgefahr gibt. Diese ist vielmehr die größte Gefahr für unsere Ge-

Termine Veranstaltungen

Mannheim, Stuttgart: jour fix-Termine mit Winfried Wolf: 20.1.; 17.2.; 10.3.; 7.4.; 12.5. und 9.6.

jeweils 11 Uhr in Stuttgart-Sillenbuch, Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Str. 25.

jeweils 16 Uhr in Mannheim-Neckarstadt, Bürgerhaus, Lutherstraße 15-17.

Stuttgart: Mittwoch 23.1.

nach der Kandidatenwahl/Stuttgart um 19.30: W.W. zu Gast beim PDS-Kreisverband in Stuttgart, Clara-Zetkin-Haus.

Ravensburg: Freitag, 25.1.

Freitag 25.1., 20 Uhr, Gasthof Mohren. Veranstaltung mit Winfried Wolf zum Thema: „Deutschlands Rolle in der neuen Welt-Kriegs-Ordnung – Krieg ist keine Antwort auf Terror.“

Zürich, Samstag, 26.1.

Internationale Konferenz „Das andere Davos“ im Volkshaus Zürich, Stauffacherstr. 60. Workshops 15 bis 18 Uhr, Winfried Wolf zu „Krise und Krieg, der militärische Arm der Globalisierung des Kapitals“

Freudenstadt: Samstag, 2.2.

Parteienpodium des Freudenstädter Friedensbündnisses zum Thema Terrorismusbekämpfung/Außenpolitik. 16 Uhr in der Gaststätte „Dobel“

Schwäbisch Hall, Montag, 4.2.

20 Uhr, Taverne, Schwäbisch-Hall. Zu Gast bei der örtlichen PDS

Karlsruhe, Dienstag, 5.2.

19.30 h, Gewerbehof, SoLi-Veranstaltungsraum, 2. OG, „Krieg gegen den Terror“ ? – Terror des Krieges. Eine Zwischenbilanz von Winfried Wolf

Freiburg, Mittwoch, 6.2.

19 Uhr, Universität (Raum nachfragen), Podiumsdiskussion gegen den Krieg, Veranstalter: attac in Freiburg. Teilnehmende: Jürgen Grässlin (DFG/VK), Winfried Hermann (Grüne), Christa Lörcher (SPD), Winfried Wolf (PDS).

Berlin-Fahrten 2002

Auch im neuen Jahr bietet das Abgeordnetenbüro Winfried Wolf zwei politische Bildungsfahrten nach Berlin an. Die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung finanzierten Reisen für politisch Interessierte finden voraussichtlich statt von 2.4. bis 5.4. und vom 1.7. bis 4.7.

Fahrt, Unterbringung in Zweibett-Zimmern und Verpflegung sind frei. Die Teilnahme am Bildungsprogramm ist bindend. Leute, die erstmals mitfahren, werden bevorzugt. Einige Plätze sind noch frei. Schriftliche (!) Anmeldung mit Name, Adresse und Telefon bitte an Bernhard Strasdeit, MdB-Büro Wolf.

sellschaft und für die Linke. In ihr bündelte sich das Wesen des Kapitalismus vor 100 Jahren – weswegen der Krieg Hauptthema für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war – und es konzentriert sich in ihr das Wesen des Kapitals heute (das im übrigen weniger von einer „Globalisierung“ als von der „Renationalisierung“ geprägt ist). Vor allem gilt: Das Thema Krieg und Frieden bietet aufgrund dieser Aktualität (immerhin lehnten im Oktober mehr als 50 Prozent der Deutschen die Bombenangriffe auf Afghanistan ab!) die beste Möglichkeit zu breiten Bündnissen und zu Aufklärungsarbeit über die Natur von Kapital und Konkurrenz.

Gerade die neue Bewegung gegen die Globalisierung, die natürlich begeistert und die in ihrem Kern ohne Zweifel antikapitalistisch ist, und die soziale Zusammensetzung dieser neuen Bewegung, böte eine ideale Chance, zusammen mit dem, was von der klassischen Friedensbewegung übrig ist, eine solche breite, überzeugende und nichts desto weniger radikale, also an die Wurzeln des Systems gehende Gegenwehr zu entwickeln.

Winfried Wolf

Winfried Wolf

Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung

im Konkret Literaturverlag

ca. 160 Seiten, broschiert

EUR 14,50 SFr 26,50

ISBN 3-89458-209-X

Erscheinungstermin: März 2002

Winfried Wolf beschäftigt sich in seinem Buch mit den ökonomischen, militärischen und geopolitischen Zielsetzungen der USA in ihrem "Feldzug gegen den Terrorismus", der Schaffung einer "neuen Weltordnung" unter US-Hegemonie, er analysiert die Bedeutung der Bundestagsentscheidung vom 16. November 2001 und untersucht, welche eigenen Interessen die Bundesregierung mit ihrem militärischen Beitrag zum Krieg in Afghanistan verfolgt, bei denen es erneut um klassische Interessen deutscher imperialer Politik geht.

„Ich glaube, das grüne Experiment ist am Ende“

Der PDS-Linke Winfried Wolf sieht seine Partei nach den jüngsten Konflikten in der Koalition im Aufwind

Der baden-württembergische PDS-Abgeordnete Winfried Wolf hat in den vergangenen Jahren zu den Kritikern des pragmatischen Kurses der PDS-Spitze gehört. Im Gespräch mit Andreas Geldner hofft er auf einen politischen Aufschwung der PDS nach der Zerreißprobe der Grünen.

Eigentlich kann sich die PDS nach Schröders Vertrauensfrage die Hände reiben: Den Status als „Friedenspartei“ macht ihr niemand mehr streitig.

Sich angesichts eines Beschlusses, in den Krieg einzusteigen, die Hände zu reiben, ist ein seltsames Vergnügen. Wahr ist natürlich, dass die PDS momentan Zulauf hat und dass wir, sei es bei der Mitgliedschaft, sei es bei der Resonanz der Whler, deutlich im Aufwind sind. Bei der Bürgermeisterwahl in Waiblingen vor wenigen Tagen hat unser Kandidat beispielsweise 4,5 Prozent der Stimmen bekommen.

Ermöglicht das Friedensthema den endgültigen Durchbruch der PDS im Westen?

Endgültig? Das glaube ich nicht. Ich weiß, dass wir bei der Bundestagswahl 1998 eine Situation hatten, in der potenzielle PDS-Whler deswegen SPD und Grüne gewählt haben, weil sie gesagt haben: Kohl muss weg. Es kann sein, dass die nun zur Toskana-Fraktion gehen und gar nichts mehr machen. Aber ein erheblicher Teil von denen wird zumindest bei Wahlen sagen, wir unterstützen jetzt die PDS. Bei den Mitgliedern schlagt sich das nicht so nieder, das sind eher jüngere Leute, die zum ersten Mal politisiert werden.

Sind die Grünen am Ende?

Ich glaube ja. Ich befürchte das auch, weil ich das grüne Experiment schon in den achtziger Jahren mit Sympathie verfolgt habe. Diese Art des Jasagens zur Macht und diese Art von taktischem Stimmensplitting nach dem Motto vier sind dafür und vier dagegen ist völlig unglaubwürdig. Zumal gerade die Grünen mit Gewissen und Moral identifiziert werden.

Lieber nicht mitregieren – ist das auch eine Lektion für die PDS?

Die PDS ist sicher eine Partei, die aufgrund ihrer riesigen Wahlerfolge im Osten früher oder später Regierungen bilden wird, nicht nur in kleineren Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, sondern wahrscheinlich auch irgendwann einmal auf Bundesebene. Sie wird dann genauso unter Druck kommen wie die Grünen, zentrale Programmpositionen aufzugeben, nur um an der Macht zu bleiben. Wenn die PDS dabei Prinzipien aufgeben würde, dann wäre das für viele Mitglieder eine ähnliche Zerreißprobe, wie sie die Grünen jetzt erleben.

Aber es gibt doch weit und breit keinen Partner für die PDS, der sich etwa auf deren radikale friedenspolitischen Positionen einlassen würde.

Die Positionen, die die Grünen in ihrem Programm vertreten haben und die die PDS in ihrem Programm vertritt, aber auch die Haltung eines Großteils der linken Sozialdemokraten haben in der augenblicklichen Machtkonstellation keinen Platz. Die Frage



Wolf meint, dass der Krieg gegen den Terror noch lange andauern werde. Foto Rudel

ist eben, ob man diese Machtkonstellation verändern kann und ob eine andere Politik, nicht nur eine andere Regierungskonstellation möglich wird. Diese Prinzipien sind doch gar nicht in erster Linie Grundsätze der PDS, sondern darin stecken zum Beispiel auch christliche Werte.

Hat die sich verändernde Lage in Afghanistan eigentlich irgendeinen Einfluss auf Ihr politisches Urteil?

Schon als US-Präsident Bush am 19. September seine Brandrede vor dem US-Abgeordnetenhaus hielt, war klar: Es droht ein langer Krieg. Es geht doch überhaupt nicht um Afghanistan, sondern um einen jahrelangen Krieg gegen den Terror und um einen Krieg um Öl- und Energieinteressen. Es geht um eine Umdeutung des Völkerrechts, indem man den Krieg gegen den Terrorismus erklärt. Das ist im Grunde die Öffnungsklausel für eine Ausweitung dieses Krieges, der ein Krieg unter dem Vorzeichen Pax americana und absolute Weltherrschaft durch das US-Militär sein wird. Insofern hat sich nichts geändert. Schon vor dem Fall von Kabul war doch klar, dass die Bundeswehr nicht nach Afghanistan gehen wird, sondern nach Somalia, in den Sudan oder in den Irak. Der Krieg wird weitergehen und eine unheimlich gefährliche Dynamik haben – bis hin zum Einsatz von ABC-Waffen.

Ist dieser Krieg denn wirklich eine Art amerikanischer Welteroberung?

In der Bewertung der Terrorereignisse in den USA sind wir uns doch alle einig. Das war wohl in der jüngsten Zeit der größte terroristische Akt gegen eine zivile Bevölkerung. Ausgeführt wurde das von einer bisher unbekannteren Gruppe. Bisher gibt es keine gerichtsverwertbaren Beweise. Die USA tun zumindest alles, um die Emotionen, die dies ausgelöst hat, für eine Verstärkung ihrer ohnehin vorhandenen militärischen Vorherrschaft zu nutzen. Aber auch die Deutschen dackeln nicht nur als Juniorpartner der USA hinterher, sondern haben ihre eigenen Interessen. Die neue Weltordnung wird gerade Bombe um Bombe in die Erde hineinbuchstabiert.

www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de
Bürgerbahn statt Börsenbahn ist ein Zusammenschluß von Bahn- und Verkehrsexperten, Politikern und Gewerkschaftern. Sie engagieren sich für eine Bahn, die in erster Linie für die Fahrgäste da ist, und nicht primär auf die Verwertung an der Börse abzielt.

Bürgerbahn statt Börsenbahn trat im November 2000 erstmals mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit (Frankfurter Rundschau 14.11.2000). In diesem heißt es u. a.:

„Die mögliche Vernichtung des ursprünglich wichtigsten und leistungsfähigsten Verkehrssystems in Deutschland haben vor allem die Verkehrspolitik in Bund, Ländern und Regionen seit vier Jahrzehnten systematisch mit vorbereitet und herbei geführt. Sie haben die Geschäftspolitik der alten Bundesbahn maßgeblich mitbestimmt, die vielen Stilllegungen sowie die Milliardengräber großwahnsinniger Projekte auf ausgewählten Hochgeschwindigkeitsstrecken und Großstadtbahnhöfen zu verantworten.“

„Ein dringend erforderlicher neuer Bundesverkehrswegeplan muss umgekehrte Prioritäten haben wie alle bisherigen: Ausbau der Schiene – in der Summe kein weiterer Bau von Straßen und Landebahnen. Dies erfordert nicht nur eine vorausschauende Klimaschutzpolitik, sondern eine Vorsorgepolitik zu Gunsten all derjenigen, die heute oder künftig sich kein Auto leisten wollen oder können und die zum Klimaschutz beizutragen wünschen.“

„Die Bahn braucht für den Markterfolg das richtige Netz, kundennah, mit optimaler Abstimmung auf die heutigen Siedlungs- und Verkehrsstrukturen, wettbewerbsfähig zum Autoverkehr, der mit seinem dichten Netz aus Autobahnen, Bundesstraßen, Landes- und Kreisstraßen den Erschließungs- und Verbindungsmaßstab vorgibt. Nicht weniger IR, sondern mehr Bahn ist der Schlüssel zum Markterfolg. Neue Strecken, Linien, Bahnhöfe und Haltepunkte sind nötig, um den expandierenden Verkehrsmarkt angemessen zu bedienen.“ (Aufruf vom 14.11.2000)

In ihrem Aufruf verlangt Bürgerbahn statt Börsenbahn einen Neuanfang mit geänderten Rahmenbedingungen für die Bahn, einen Aus- statt Rückbau des Schienennetzes, eine Investitionsoffensive für den Güterverkehr, eine kundenfreundliche Preis- und eine Arbeitsplätze sichernde Beschäftigungspolitik. „Diese Zielsetzungen sind nur zu verwirklichen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, zu dem sich Freundinnen und Freunde der

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Mehr Züge für das Land

Kongreß in Kassel

1. März, 16 Uhr bis

2. März, voraussichtlich 12 Uhr

Gesamthochschule

Bahn in Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen zusammenfinden müssen. Die Unterzeichnenden verlangen eine Bürgerbahn statt einer Börsenbahn. Sie rufen für die Zielsetzungen, die in diesem Aufruf dargestellt sind, zu einem solchen breiten Bündnis und zu einer bundesweiten Kampagne Bürgerbahn statt Börsenbahn auf.“ (Aufruf Bürgerbahn statt Börsenbahn)

Seitdem hat sich Bürgerbahn statt Börsenbahn mehrfach in der Öffentlichkeit zu aktuellen Fragen der Bahnpolitik zu Wort gemeldet:

Gegen die **Stilllegung von InterRegion-Linien** und damit das Abhängen ganzer Regionen vom Fernverkehr führte ‚Bürgerbahn statt Börsenbahn‘ am 16. Februar und am 3. Mai 2001 mehrere Aktionen und Konferenzen durch. Bei den Aktionen wurden in betroffenen InterRegion-Zügen Pressekonferenzen durchgeführt und der „Zugbegleiter – Ihr InterRegion nach Nirgendwo“ verteilt. Am 3. April 2001 erschien in der „Frankfurter Rundschau“ das IR-Positionspapier von ‚Bürgerbahn statt Börsenbahn‘ unter dem Titel: „Der ausgebremste Erfolgsgang“.

Zur Frage der **Trennung von Trasse und Betrieb** veröffentlichte ‚Bürgerbahn statt Börsenbahn‘ ein Positionspapier mit dem Titel „Den Ausverkauf der Bahn beenden“. Die Initiative orientiert dabei im Wesentlichen auf die Gleichstellung der Schiene mit dem Straßenverkehr und der Binnenschiffahrt, das heißt, der Bund muss – ggf. zusammen mit den Ländern – die Verantwortung für die Infrastruktur (Schiene und Bahnhöfe) übernehmen (Frankfurter Rundschau am 27.6.2001).

Zum geplanten neuen Preissystem der Bahn stellte ‚Bürgerbahn statt Börsenbahn‘ in einer Bundespressekonferenz ihre Kritik vor. Über diese Kritik wurde in maßgeblichen Medien bundesweit berichtet: Beispiele:

„Das Bahnfahren wird für die Masse teurer – Initiative fordert Beibehaltung des Bahncard-Rabattes von 50 Prozent und Einführung einer Jahresnetzkarte“ (Süddeutsche Zeitung)

„Initiative lehnt neues Tarifsystem der Bahn ab“ (Financial Times Deutschland)

„Kritiker warnen Bahn vor Fiasco“ (Frankfurter Rundschau)

„Kritiker lassen kein gutes Haar an Bahn-Reform“ (Stuttgarter Nachrichten)

Diese Kritik und ihr Medienecho führte auch zu einer einmaligen Reaktion von Bahnchef Mehdorn, der ‚Bürgerbahn statt Börsenbahn‘ als „sog. Initiative von Profilleurotikern“ bezeichnete, die Kritik als Unsinn abtat und (nicht zum ersten Mal) mit Rechtsanwältinnen drohte.

Professor Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack M.S., Unternehmensberater; **Matthias Freitag**, Bereichsvorstand Güterverkehr im Hauptvorstand der Gewerkschaft TRANSNET (ehem. GdED); **Klaus Gietinger**, Autor, Regisseur („Daheim sterben die Leut“, „Heinrich der Säger“, „Tatort“), Mitglied der Initiative Frankfurt 22; **Dipl.-Ing. Eberhard Happe**, ehem. Abteilungsleiter Zugförderung Hamburg; **Johannes Hauber**, Betriebsratsvorsitzender bei Bombardier Transportation Mannheim und Vorsitzender des Euro-Betriebsrats bei Bombardier Transportation; **Prof. Dr. Wolfgang Hesse**, Informatiker (Schwerpunkt Softwaretechnik), Uni Marburg, Projekte zur Fahrplangestaltung, -optimierung und -bewertung; **Hans-Joachim Kernchen**, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer für Berlin, Brandenburg und Sachsen; **Andreas Kleber**, Hotelier in Bad Herrenalb, Mitbegründer der „Horber Schienentage“ und langjähriger CDU-Stadtrat. Die Bahn verlieh dem Regional-Express München – Freiburg in Anerkennung der Verdienste Klebers die Bezeichnung „Kleber-Express“; **Professor Dr. Heiner Monheim**, Geograph und Stadtplaner an der Universität Trier. Er verfasste zusammen mit Rita Monheim-Danheimer das Buch „Straßen für alle“ und war im Oktober 2000 Gutachter in der Anhörung des Bundestags-Verkehrsausschusses zur „Zweiten Bahnreform“; **Professor Dr. Jürgen Rochlitz**, Vorsitzender der Initiative „Güterzüge statt Laster“, von 1994 bis 1998 Bundestagsabgeordneter (Bündnis 90/Die Grünen); **Hermann Scheer**, Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD), Präsident von EUROSOLAR und Träger des alternativen Nobel-Preises 1999; **Gangolf Stocker**, Sprecher der Initiative Leben in Stuttgart – Kein „Stuttgart 21“; **Dr. Winfried Wolf**, Mitglied des Deutschen Bundestags (PDS, Verkehrspolitischer Sprecher, Autor der Bücher „Eisenbahn und Autowahn“, „Berlin – Weltstadt ohne Auto“ und „Fusionsfieber. Das große Fressen“), Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentgesellschaft Bahn.

Kontakt: MdB Dr. Winfried Wolf (V.i.S.d.P.), Platz der Republik, 11011 Berlin, Telefon 030 – 227 71790, Fax 030 – 227 76068; Johannes Hauber, Bombardier Transportation Betriebsrat, Neustadter Straße 62, 68309 Mannheim, Telefon 0621 – 381 5166, Fax 0621 – 381 6699; Konto: 481 04 95 05 Initiative für eine bessere Bahn BLZ 370 100 50

Programm und Anmeldung

Freitag 1. März 2002

16.15 h: **Dr. Winfried Wolf**, MdB
Autor, verkehrspolitischer Sprecher der
PDS: **Das verflixte siebte Jahr der
Bahnreform**

16.45 h: **Manfred Schell**, Vorsitzender
der Gewerkschaft der Lokomotivführer:
**1993 und heute – Warum ich da-
mals gegen die Bahnreform stimmte
und wie ich es heute sehe (Vor-
schlag)**

17.15 h: **Prof. Dr. Heiner Monheim**
Geograph und Stadtplaner an der Univer-
sität Trier: **Kundennähe als Vorausset-
zung für Markterfolg – Flächenbahn
bringt Kundennähe**

18.00 h: **Wolfgang Zell**, Bereichsvor-
stand Reise und Touristik im Hauptvorstand
der Gewerkschaft transnet/GdED: **Mora
P: Ist die Flächenbahn am Ende?**

18.45 h Abendessen

19.45 h: **Matthias Freitag**, Bereichsvor-
stand Güterverkehr im Hauptvorstand der
Gewerkschaft transnet/GdED: **Mora C:
Ist die Flächen-Güterbahn am Ende?**

20.30 h: **Gangolf Stocker**, Initiative „Le-
ben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“
und **Klaus Gietinger**, Initiative Frankfurt
22: **Stuttgart 21 und Frankfurt 21 –
Zwei Beispiele für milliar-denteuere
Bahnverstopfung**

21.15 h: **Klaus Arnoldi**: VCD Landesvor-
stand Baden-Württemberg: **Mit weniger
Geld mehr Effizienz beim Aus- und
Neubau am Beispiel NBS Stuttgart-
Ulm**

22.00 h: **Klaus Gietinger**: **Film:
„Heinrich der Säger“**

Samstag 2. März 2002

9.00 h: **Prof. Dipl. Ing. Karl-Dieter
Bodack**, Unternehmensberater: **Markter-
schließung für mehr Kunden im Per-
sonenverkehr**

9.45 h: **Prof. Dr. Jürgen Rochlitz**, Initia-
tive „Güterzüge statt Laster“: **Güter ge-
hören endlich auf die Schiene**

10.30 h: **Holger Jansen**, Fahrgastver-
band „pro bahn“: **Der Fahrgast
und/contra die Rendite**

11.15 h: **Jürg Tschopp**, Ressortleiter Ver-
kehrspolitik beim VCS: **Schweizer Bür-
gerinnen und Bürger und ihre Bah-
nen**

12.00 h: Schlußwort und Verabschiedung
eines Appells/Manifestes

**Anmeldung zum Kongreß
„Mehr Schienen für das Land“ am
1. und 2. März in Kassel**

bei MdB Wolf, Platz der Republik, 11011
Berlin

oder Johannes Hauber, Betriebsrat Bom-
bardier, Neustädter Str. 62, 68309 Mann-
heim

oder unter www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Arbeitsplätze in der Bahn- industrie erhalten

Winfried Wolf am 15.11. im Bundestag: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Als Bundestagsabgeordneter aus Mannheim, wo sich das größte Adtranz-Werk, jetzt Bombardier-Werk, im Westen befindet, möchte ich sagen: Was wir hier bei Ammendorf und Vetschau erleben, ist wahrscheinlich nur ein Teil des Problems. Die schlimmsten Befürchtungen, die wir als PDS bei der Übernahme von Adtranz durch Bombardier geäußert haben, scheinen wahr zu werden. Ich glaube, wir müssen heute über eine Bankrotterklärung der Politik des Bombardier-Managements, aber auch der Verkehrspolitik des Bundes diskutieren. Dies möchte ich mit drei Punkten begründen:

Erstens. Es gibt kein Gesamtkonzept, in dem festgelegt wird, was mit den Arbeitsplätzen der Bahnindustrie in West- und in Ostdeutschland weiter passieren soll. Was jetzt angeboten wird, dass Kollegen von Vetschau nach Siegen und von Ammendorf nach Aachen fahren sollen, um dort zu arbeiten, wird nicht angenommen werden. (*Werner Schulz [Leipzig] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch Bautzen und Görlitz!*)

Vor allem kann man, so glauben wir, jetzt insgesamt schon absehen, Herr Schulz, dass im Konzern ganz konkret und gezielt ein viel größerer Arbeitsplatzabbau geplant ist: Man geht davon aus – Stichwort technische Kapazität, ein Begriff des Bombardier-Managements –, dass zukünftig in allen Bombardier-Werken im Zweischichtbetrieb gearbeitet werden könnte. Das bedeutet noch einmal einen erheblichen Arbeitsplatzabbau. Darüber hinaus konzentriert sich der Plan dessen, was abgebaut werden soll, nur auf die so genannten „industrial units“, das heißt, der Bereich der „business units“ steht noch aus. Zum Beispiel Hennigsdorf: Die Kolleginnen und Kollegen aus Hennigsdorf, die hier anwesend sind, wissen nicht, ob der jetzige angefangene Umbau in Hennigsdorf nicht vielleicht bedeutet – was wir hier schon einmal debattiert haben –, dass das Werk insgesamt gefährdet ist. Deswegen sagen wir: Wir sind strikt gegen jede Art von Werksschließung, solange kein Gesamtplan vorliegt und wir keine Gesamtperspektive haben. (*Beifall bei der PDS*)

Zweitens. Gerade die Bahntechnik in Ostdeutschland, früher Mitteldeutschland, hat eine riesige Tradition. Umso schlimmer ist es, dass gerade hier ein Kahlschlag stattfindet. Kollege Schulz und Herr Schwanitz, was Sie behaupten, nämlich dass in eben diesen Bereichen keine industrielle Auszehrung stattfindet, stimmt nicht. Seit SPD und Grüne regieren, ist kein Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze im Osten und ab dem Jahr 2000 sogar ein leichter Anstieg der Arbeitslosenzahlen – und damit eine wachsende Kluft

zwischen Ost und West bei gleichzeitiger weiterer beschleunigter Abwanderung von Ost nach West – zu verzeichnen. Das nenne ich eine Auszehrung, die im Osten stattfindet. (*Beifall bei der PDS*)

Drittens. Bahntechnik hat – Kollege Claus hat das schon gesagt – sehr viel mit Politik zu tun hat. Ich nenne nur folgende Stichworte: Es gab Subventionen der Länder, auch von Sachsen-Anhalt zum Beispiel. Die Deutsche Bahn AG befindet sich zu 100 Prozent im Bundeseigentum. In den Nahverkehr gelangen jedes Jahr Regionalisierungsgelder in Höhe von 13 Milliarden DM. Herr Bodewig, der heute wieder einmal nicht da ist, sagt, der Personenverkehr solle um 40 Prozent gesteigert werden, der Güterverkehr um 100 Prozent. Trotzdem geht Bombardier von einem Rückgang aus. Da stellt sich die Frage: Hat Bombardier ein Missmanagement oder ist der Verkehrsminister unglaublich? Möglicherweise gilt beides. (*Beifall bei der PDS*)

Man muss auch betonen, Kollege Schulz, dass gerade die Bahntechnikindustrie in Gesamtdeutschland in den letzten zehn Jahren zum Spielball des Turbokapitalismus geworden ist. Bedenken Sie, wie die DWA von Advent in Boston übernommen wurde, wie dann Daimler-Chrysler bei Adtranz einstieg, wie Bombardier Adtranz übernahm, dass Bombardier die Gelder primär bei Regionalflugzeugen und im Finanzgeschäft verdient und dass Bombardier ein Konzern ist, der strikt nach Shareholder-Value-Prinzip arbeitet. Bei all dem sage ich: Gnade uns Gott, wenn Bombardier diese Politik fortsetzen kann! (*Beifall bei der PDS*)

Der Kanzler war zwar bei Holzmann fix, aber bei der Bahntechnik tut er nichts. (*Frank Hempel [SPD]: Machen Sie doch mal einen Vorschlag! Einen einfachen Vorschlag!*) Morgen will der Kanzler 3900 Arbeitsplätze ohne Zukunft erpressen, während er hier 1000 Arbeitsplätze mit Zukunft sichern könnte. (*Beifall bei der PDS*)

Wir sagen deswegen als PDS, dass wir uns strikt gegen die Schließungen der Werke in Vetschau und Ammendorf und für den Erhalt aller Bahntechnikwerke als Option für eine nachhaltige Verkehrstechnik aussprechen. Das gilt auch für Hennigsdorf, für Bautzen und für Mannheim, für alle Bombardier-Werke. Wir verlangen einen Gesamtplan für die gesamte Bahntechnikindustrie in Deutschland. Wir sagen, dass hier die Bundespolitik gefordert ist, dass der Verkehrsbericht 2000 von Herrn Bodewig in Bezug auf die Bahntechnik unterfüttert werden muss, indem gesagt wird, was das bedeutet. Herr Bodewig, der nicht da sein kann, und der Kanzler, der nicht da sein will, sind in dieser Frage gefordert.

Danke schön. (*Beifall bei der PDS*)

„Banales und Erstaunliches“

Winfried Wolf am 15.11.2001 im Bundestag zum Bericht des Wehrbeauftragten



Dr. Winfried Wolf (PDS): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Wehrbeauftragter! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Wir haben jedes Jahr – mindestens einmal, meistens aber zweimal – die Gelegenheit, den Bericht des Wehrbeauftragten zu diskutieren. Es handelt sich um einen Bericht der, unabhängig davon, ob von Claire Marienfeld oder von Willfried Penner herausgegeben, zu einer differenzierten Betrachtungsweise herausfordert. Dies gilt sowohl für jemanden wie mich, der im Jahre 1967 den Wehrdienst verweigert hat, als auch für eine Partei wie die PDS, die generell eine radikale Abrüstung fordert. Wenn ich von „differenzierter Betrachtungsweise“ spreche, dann meine ich, dass es sich immer um detaillierte und weitgehend objektive Berichte handelt.

In diesen Berichten erfährt man viele Details über die Bundeswehr, zum Teil auch Banales und Erstaunliches. So wird zum Beispiel auf Seite 19 festgestellt, dass es im Kosovo für die Bundeswehr zu wenig Fitnesscenter gebe.

(Christine Lehder [SPD]: Das ist wichtig! Sie haben keine Ahnung!)

Außerdem wird festgestellt, dass der EXPO-Rabatt für die Soldaten zu niedrig war. Auf Seite 38 steht, dass für die Soldaten der Gebirgsjägertruppe, die aus orthopädischen Gründen spezielles Schuhwerk benötigen, der „Bergschuh/leicht“ nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stand.

(Hildebrecht Braun [Augsburg] [FDP]: Versuchen Sie nicht, den Bericht lächerlich zu machen! – Christine Lehder [SPD]: Gehen Sie einmal hin und leisten Sie das, was die Soldaten leisten!)

- Ich mache den Bericht nicht lächerlich.

Hinter manchem Banalen steht aber auch Bedrohliches und Ernstes. Ein Beispiel aus der Militärseelsorge: Sie, Herr Penner, stellen auf Seite 37 fest, dass im Osten Deutschlands – 70 Prozent der Menschen, auch 70 Prozent der Angehörigen der Armee, sind konfessionell nicht gebunden – viele Soldaten bei Militärseelsorgern Rat suchen. Das steht mit den Auslandseinsätzen und mit den Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Zusammenhang.

Es hat sich gezeigt, dass die Einsätze im Rahmen von SFOR und KFOR von nicht absehbarer Dauer sind.

„Tropenbekleidung“, das kann konkret heißen, dass zum Bei-

spiel morgen nach einem Beschluss über den Einsatz von 3 900 Soldaten Einsatzziele wie Somalia im Spiel sein werden.

Ich erinnere Sie, die sozialdemokratischen Abgeordneten – Sie haben viele Zwischenrufe gemacht –, daran, dass Sie noch im Jahre 1993 vor dem Hintergrund des damaligen Somalia-Einsatzes nach Karlsruhe zogen, weil Sie dachten: Es kann doch nicht wahr sein, dass die Bundeswehr auf der Grundlage unserer Verfassung dort eingesetzt werden kann.

(Christine Lehder [SPD]: Wir wollten nur Klarheit!)

Jetzt, wo Sie politisch das Sagen haben, sind Sie für eine Ausweitung dieser Auslandseinsätze eingetreten.

Ich möchte ganz kurz vier Stichpunkte nennen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie haben nur noch vier Minuten!)

in denen wir mit den Vorschlägen von Herrn Penner übereinstimmen.

Erstens. Der Drill und das Schleifen der Soldaten müssen abgeschafft werden. Es werden richtige Vorschläge zum Abbau gemacht.

Zweitens. Die entwürdigenden Aufnahme-rituale, vor allem bei Unteroffizieren, müssen abgeschafft werden.

Drittens. Das absurde Ost-West-Gefälle beim Sold muss aufgehoben werden.

Viertens. Der erneute Anstieg von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Vorfällen muss bekämpft werden. Im Jahre 1998 waren es 319 Vorfälle; im Jahre 1999 gab es einen erfreulichen Rückgang auf 135 Vorfälle. Im letzten Jahr hatten wir leider wieder 196 Vorfälle.

Ich möchte mit den gleichen Ausführungen schließen, die ich zu dem letzten Bericht – noch von Claire Marienfeld – vorgetragen habe. Der damalige Staatsmi-

nister Naumann hat sein Amt mit der Maßgabe angetreten, dass unter der SPD-geführten Regierung die Kasernen, die noch an koloniale Traditionen, an SS-Traditionen, an Wehrmachtstraditionen erinnern, sämtlich umbenannt würden. Abgesehen von einigen Umbenennungen, die noch unter Rühle erfolgt sind, und einer einzigen Umbenennung, die unter Scharping erfolgt ist, hat keine weitere Kasernenumbenennung stattgefunden. Das heißt, dass zum Beispiel nach wie vor an General Hüttner,

Zeitung gegen den Krieg

Die „Zeitung gegen den Krieg“ wird herausgegeben von: Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung (IMI e.V.), Tübingen, und Dr. Winfried Wolf (MdB). Unterstützt und finanziert wird die Zeitung von Einzelpersonen – darunter PDS-Bundestagsabgeordneten – Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung. Im Februar ist die Herausgabe der nächsten Ausgabe (Nr. 10) geplant. Bestellungen bitte über das Abgeordnetenbüro in Berlin oder Stuttgart.

also an einen Mann, der an SS-Massakern in der Ukraine beteiligt war, in einer Kaserne in Hof erinnert wird. Wir haben ein weiteres Beispiel, die Heusinger-Kaserne in Hammelburg. Sie heißt so, obwohl der Offizier unter anderem Chef der Organisationsabteilung des Heeres war, konkret beteiligt an der Erarbeitung des Plans Barbarossa.

(Peter Zumkley [SPD]: Das war der erste Generalinspekteur der Bundeswehr!)

Wir hatten im Juni den Jahrestag der Erarbeitung des Plans Barbarossa, des Überfalls auf die Sowjetunion.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Dr. Winfried Wolf (PDS): Ich glaube schon, dass Sie von der SPD und von den Grünen die Aufgabe hätten, im Sinne einer demokratischen Kultur in der Bundeswehr hier konkrete Änderungen zu erreichen. Das wäre ein Auftrag, der für alle Parteien gemeinsam gilt.

(Peter Zumkley [SPD]: Wer sagt das? Vor welchem Hintergrund?)

Danke schön.
(Beifall bei der PDS)



„Zuckerl für Atomindustrie“

Gesetz „zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität“.

Bundestagsrede von Winfried Wolf am 14.12.2001.

Dr. Winfried Wolf (PDS): Sehr geehrter Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP die Debatte sehr kurzatmig führen. Ich glaube vor allem, dass die Vertreterin der Grünen und der SPD-Vertreter die Debatte taktisch führen.

Ich möchte noch einmal nüchtern, ernst und verantwortungsbewusst feststellen: „Energiewirtschaft auf Basis von Atomkraft hat keine Zukunft. Sie ist riskant und voller Zynismus gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern. Die Stromversorgung in Deutschland wäre auch sichergestellt, wenn alle Reaktoren mit Atomkraft sofort abgestellt würden.“ – Das ist ein Zitat aus dem Programm der Grünen für die Bundestagswahl 1998 und nicht aus früheren Zeiten.

Diese Einsichten, die hier im Programm der Grünen 1998 festgehalten wurden,

sind in den Auseinandersetzungen gewonnen worden, die die Kollegin Hustedt genannt hat: in den Kämpfen von Brokdorf, Grohnde, Wackersdorf, Kalkar bis hin zu Gorleben und dem Wendland. Das heißt, dass die Grünen sicherlich ein Produkt dieser Bewegung sind. Das heißt aber auch, dass die anderen Parteien sich dem nie entziehen konnten. So musste zum Beispiel die CDU-Regierung in Niedersachsen unter Albrecht sagen: Ein Endlager ist in Niedersachsen nicht durchsetzbar. Die Bayerische Staatsregierung musste sagen: Wackersdorf ist nicht durchsetzbar. Die NRW-Regierung musste sagen: Kalkar ist nicht durchsetzbar (...).

... Diese Ausgangslage hatten wir bereits im Jahr 1998, als Rot-Grün gewählt wurde. Die Frage ist natürlich: Was ist die Bilanz dreieinhalb Jahre später? Wir stellen fest, Herr Minister Trittin, dass wir dreieinhalb Jahre ein „Weiter so!“ erlebt

haben, zum Teil mit massivem Polizeieinsatz im Wendland. Wir stellen fest, dass das Ausstiegsgesetz genau so ist, wie die Kollegin Homburger gesagt hat. Es regelt im Grunde für 20 und mehr Jahre ein „Weiter so!“. Drei, vier oder fünf Legislaturperioden kann „weiter so“ gemacht oder das Rad wieder zurückgedreht werden. Für die Konzerne gibt es durch übertragbare Produktionsrechte und eine extreme Unterversicherung der Atomkraftwerke sogar noch ein Zuckerl oben drauf, womit **Atomstrom** noch einmal billiger gemacht wird. Das ist auch der Hintergrund dafür, dass die Kraft-Wärme-Kopplung gegenüber der Atomkraft nicht konkurrenzfähig ist. In meinem Wahlkreis in Mannheim zum Beispiel ist Kraft-Wärme-Kopplung konkret gefährdet, weil Electricité de France und Energieversorgung Baden-Württemberg Atomstrom aus Frankreich nach Mannheim leiten werden (...).

Zur erneuten Kandidatur für Platz 1 der Landesliste der PDS

Arbeitsbericht von Winfried Wolf

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, gegenüber dem Landesvorstand und der PDS-Mitgliedschaft erklärte ich im Herbst meine Bereitschaft, erneut für Platz 1 der PDS-Landesliste in Baden-Württemberg zu kandidieren. In der Begründung für diese Kandidatur im letzten Landesinfo ging ich bereits auf mein grundsätzliches Verständnis von parlamentarischer Arbeit sowie das besondere Engagement in den Bereichen Verkehr, Antikriegsarbeit, Soziales/Gewerkschaften und PDS-Aufbau im Südwesten ein.

Sollte ich erneut in den Bundestag gewählt werden, so will ich auch in der kommenden Legislaturperiode dazu beitragen, dass die PDS vor Ort und landesweit gestärkt wird und sich in wachsendem Maß verankert. Insbesondere will ich mit meiner Arbeit vor Ort und meinem Parlamentsmandat, so wie ich dies seit Ende 1994 tat, die Interessen der Arbeitslosen, der abhängig Beschäftigten, der Menschen ohne deutschen Pass und der unterschiedlichen fortschrittlichen Initiativen zum Ausdruck bringen.

In diesem Sinne und für diese Ziele bitte um das Vertrauen und die Unterstützung der PDS-Mitglieder im Land und der vielen Menschen, die mit uns zusammenarbeiten. Im vor uns stehenden

Wahlkampf werde ich mit vollem Engagement daran mitwirken, dass die PDS in Baden-Württemberg einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf führt. Unser ehrgeiziges und gemeinsames Ziel ist das Überschreiten der 2% Marke und das Erreichen von zwei Bundestagsmandaten.

Im folgenden Bericht lege ich für die ablaufende Legislaturperiode über meine Arbeit und diejenige meines Büros Rechenschaft ab.

1. Parlamentarische Arbeit muss sozialen Bewegungen nützen

„Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend. Die PDS ringt um parlamentarische Stärke und leistet eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit.“ „Die PDS betrachtet die Vorherrschaft von Kapital und Profitorientierung in der Gesellschaft als die entscheidende Ursache der gesellschaftlichen und globalen Krisen.“

Der erste Satz findet sich im geltenden PDS-Programm, der zweite im Wahlprogramm der PDS aus dem Jahr 1998.

Tatsächlich wird unsere Gesellschaft von Kapitalinteressen bestimmt. Die Parla-

mente stellen keinen „neutralen demokratischen Raum“ dar. Unter diesen Bedingungen können soziale und demokratische Rechte nur verteidigt bzw. durchgesetzt werden, wenn sich die betroffenen Menschen engagieren. Eine „rein parlamentarische“ Arbeit einer linken Partei würde schnell dazu führen, dass diese in das bestehende System integriert würde – das Ja zum Krieg eingeschlossen.

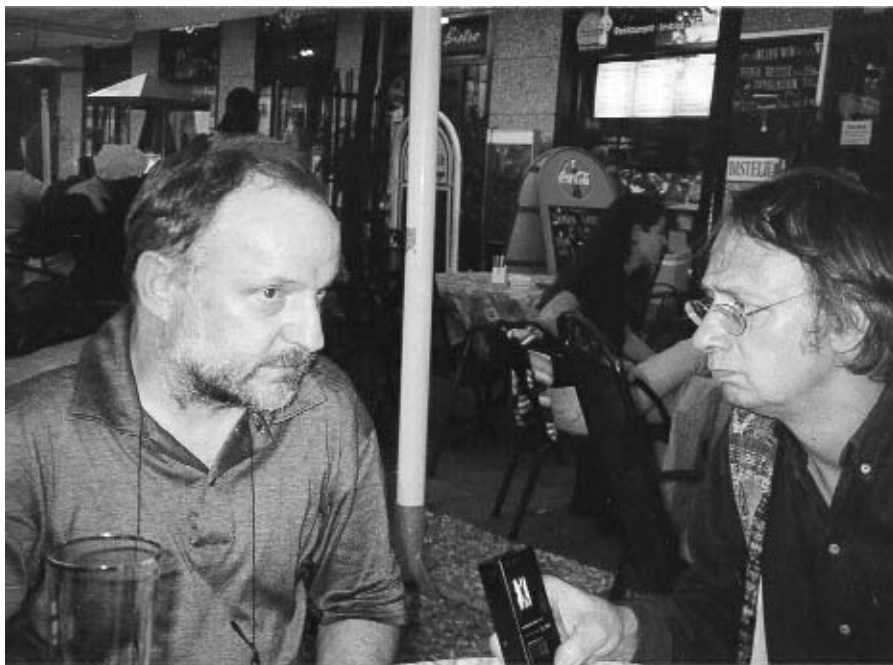
Das geltende PDS-Programm zieht bewusst einen Bogen von kleinen Reformschritten bis hin zur Systemopposition. In diesem Rahmen definiert sich auch mein Selbstverständnis als MdB, seit ich erstmals 1994 in den Bundestag gewählt wurde: Ich leiste in der parlamentarischen Praxis sachliche Arbeit und nutze den Bundestag so gut es geht, um PDS-Positionen deutlich zu machen. Den Hauptakzent lege ich dabei auf die Zusammenarbeit mit Verkehrsinitiativen, Friedensbewegung, Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und auf Veranstaltungen, insbesondere in Baden-Württemberg. Dieser Ansatz prägt die gesamte Arbeit des MdB-Büros Wolf – das heißt auch die meiner Mitarbeiterin Ute Abraham, diejenige meines Mitarbeiters Dieter Kadoura (bis Herbst 2001) bzw. Alexander King (ab Januar 2002) und diejenige von Bernhard Strasdeit.

Mit diesem Verständnis haben wir seit 1995 bzw. seit 1998 für Transparenz gesorgt: in den *Bundschuh-Blättern*, über das *Verkehrspolitische Zirkular*, über die *Zeitung gegen den Krieg*, über das Blatt *Wirtschaft-Soziales-Widerstand/wsw*, im *PDS-Landesinfo Baden-Württemberg*, in anderen PDS-Veröffentlichungen, in deutlich zunehmendem Maß auch in den kommerziellen Medien und seit Sommer 2001 auf der eigenen homepage (www.winfried.wolf.de)

2. Verkehrspolitische Initiativen im Bundestag

Seit 1995 bin ich verkehrspolitischer Sprecher der PDS im Bundestag, seit 1998 zusätzlich stellvertretender Vorsitzender der Parlamentsgesellschaft Bahn.

Im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen war ich durchgehend aktiv. Allein in der aktuellen Legislaturperiode konnte ich in mehr als hundert Plenardebatten des Bundestags für die PDS-Fraktion Stellung beziehen.



Im Gespräch mit dem ADTranz-Betriebsratsvorsitzenden Johannes Hauber in Mannheim

Im Mittelpunkt der verkehrspolitischen Arbeit standen die sogenannte Bahnreform und die Folgen der Bahn-Privatisierung.

„Weil die Bahn auf dem Verkehrsmarkt der schwächste Verkehrsträger ist, weil die Rahmenbedingungen ihr eine extrem schlechte Ausgangsposition zuweisen, weil die Wettbewerbsbedingungen grundsätzlich und im Detail zuungunsten der Bahn gestaltet sind, würde ein Börsengang nur heißen, dass sich der Niedergang des Schienenverkehrs beschleunigen würde.“ (Bundestagsrede am 24.3.2000)

Die wichtigsten parlamentarischen Initiativen seien exemplarisch erwähnt:

Bundesverkehrswegeplanung:

1999 kritisierten wir, dass die Ausarbeitung eines seit 1997 fälligen Bundesverkehrswegeplans von der SPD-Grünen-Bundesregierung weiter auf 2002 verschoben wurde. Das damalige Investitionsprogramm setzte die alte Politik der Kohl-Regierung fort, bestand auf umstrittenen Großprojekten (Metrorapid, Lehrter Bahnhof, Stuttgart 21) und den fortgesetzten Ausbau der Fernstraßen. Alle drei SPD-Verkehrsminister – Müntefering, Klimmt und Bodewig – bekamen sich verbal zur Schiene als den Verkehrsweg der Zukunft. Aber keiner dieser drei Minister vermochte es, die jährliche Reduzierung des Schienennetzes zu stoppen und eine notwendige Verkehrswende einzuleiten. Während pro Jahr rund 1000 km neue Straßen gebaut werden, sind Modernisierung und Ausbau der Schiene auf einige wenige Hochgeschwindigkeitsstrecken beschränkt. Personennahverkehr und Güterverkehr auf der Schiene werden weiter vernachlässigt. Im Bundestag gab es dazu einen Antrag „Für eine sozial, finanziell und

ökologisch nachhaltige Bundesverkehrswegeplanung“.

Statt Bahnzerstörung Erhalt und Ausbau des Schienenverkehrs

Der Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen PDS-Arbeit lag beim Thema Schiene. Immerhin geht es hier um ein Thema, das täglich Millionen Menschen im Wortsinne und im tieferen Sinne „bewegt“. Und es geht um mehr als eine Million Arbeitsplätze, die bei der Bahn, bei der Bahnindustrie, in den Bahnwerken, im übrigen öffentlichen Verkehr direkt und indirekt bestehen.

So brachten wir einen umfassenden Antrag zur Förderung der Bahn unter dem

Titel „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ ein. Darin werden verbesserte Rahmenbedingungen für die Schiene und eine Beendigung des Belegschaftsabbaus bei der Bahn gefordert. Wir konkretisierten diese Politik mit der Formulierung von *zehn Minimalbedingungen für Regionalisierung der Bahn*, die anlässlich der 3. Sächsischen Schientage der PDS im Sommer 2000 vorgestellt wurden. Darunter die Forderungen: Das Netz bleibt in Bundes- oder Landeseigentum; der Schienenverkehr wird von Sonderbelastungen wie Mineralöl- und Ökosteuer befreit, die Regionalisierungsmittel sind garantiert; kommunale Betreiber werden bevorzugt; die Netze müssen kompatibel sein.

Eine besondere Rolle spielte das Engagement gegen die Stilllegung der Zuggattung InterRegio. Seit 1996 veröffentlichte ich Belege dafür, dass der IR komplett zerstört werden soll. Bis Anfang 2001 wollte das kaum jemand wahrhaben. Als das mit Fahrplanwechsel 2001 konkret wurde, organisierten wir zwischen April und Juni 2001 öffentliche Aktionen, Publikationen und Aktivitäten der PDS-Fraktion: u.a. in Ostfriesland in mehreren Städten vor Ort, mit Konferenzen im IR Berlin-Magdeburg, Emden-Magdeburg und dem IR durch den Schwarzwald. In meinem Antrag „InterRegio für die Bahnen erhalten“ (14/4543) forderte die PDS im Bundestag, dass der Bund seinen verfassungsmäßigen Verpflichtungen nachkommt und die Streichungen der Bahn im Fernverkehr verhindert. Wir brachten dazu auch einen Gesetzentwurf „zur Gewährleistung des Schienenpersonenfernverkehrs“ ein, den zuvor – demagogischerweise – CDU und FDP in BaWü und die CSU in Bayern im Wortlaut identisch im Bundesrat eingebracht hatten. Dieser Antrag, der faktisch den Erhalt des InterRegios forderte, wurde dann im Bundesrat nicht nur von SPD und Grünen, sondern auch von CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Nachdem mein Büro bereits in Sachen ICE-Katastrophe in Eschede erheblich engagiert war, galt dies auch für das *Eisenbahnunglück von Brühl*. Der offizielle Untersuchungsbericht des Eisenbahnbundesamtes (EBA) zum schweren Eisenbahnunglück in Brühl vom 6.2.2000 lag seit dem 20.4.2000 vor. Entgegen der sonstigen Praxis wurde der Bericht im Verkehrsausschuss nicht vorgelegt, sondern konnte lediglich eingesehen werden. Der Bericht enthält drei wichtige Feststellungen: 1.) Der Lokführer hat nicht die Alleinschuld. 2.) Die Sicherheitsstandards bei der Bahn sind unzureichend. 3.) Das EBA als offizielle Sicherheitsbehörde des Bundes ist nicht in der Lage, die Sicherheit im Schienenverkehr ausreichend zu kontrollieren. Das konnte ich öffentlich machen – siehe unten.

Im Frühjahr 2001 stellte das Bahnma-

nagement das „Neues Bahnpreissystem“, das ab Dezember 2002 Gültigkeit haben soll, vor. Während die Spitzen der Umweltverbände und des VCD diese „Reform“ weitgehend kritiklos unterstützten, legten wir eine detaillierte Kritik vor. Mit diesem neuen Tarifsystem wird Bahnfahren für die Masse der Kundschaft teurer und komplizierter. Stammkunden werden verprellt. Die BahnCard wird entwertet und auf 25%-Ermäßigung reduziert. Preissenkungen sind auf Reiseende beschränkt, die – meist im Fernverkehr – eine Woche vorausbuchten. Damit geht die Flexibilität bei der Nutzung der Bahn verloren. Im Bundestag und in der Öffentlichkeit kritisierte die PDS-Bundestagsfraktion das neue Bahnpreissystem. Unsere zentralen Forderungen lauten: Beibehaltung der 50%-Ermäßigung bei der BahnCard, Einführung eines günstigen Angebots für Jahresnetzkarten, allgemeine Senkung der Bahntarife. Auch diese Position mündete in einen umfassenden Bundestagsantrag, der im ersten Halbjahr 2002 im Bundestag debattiert wird.

Transrapid – Magnetschwebbahn:

Die Magnetbahntechnologie ist teuer und nicht netzfähig. Nach dem absehbaren Scheitern der Strecke Berlin-Hamburg forderte die PDS im Bundestag mit drei unterschiedlichen Anträgen in den Jahren 1998 bis 2000 den Stopp der Transrapid-Förderung und die Aufhebung des Magnetschwebbahnbedarfsgesetzes. Während SPD und Grüne noch bis Ende 2000 gegen den entsprechenden PDS-Antrag zum Aus für die Strecke Hamburg-Berlin stimmten, brachten sie kurz darauf einen eigenen, inhaltlich gleichen Antrag ein, der dann (natürlich auch mit den PDS-Stimmen) angenommen wurde.

Im Juli 2000 widersprach ich im Schwäbischen Tagblatt dem grünen Landtagsabgeordneten Boris Palmer, der (zeitweise) die Pläne für einen sogenannten RegioRapid von Stuttgart nach Tübingen befürwortete. Das Tübinger *Schwäbische Tagblatt* schrieb dazu am 11.7.2000:

„Anstelle einer regionalen Magnetbahn empfiehlt der verkehrspolitische PDS-Sprecher Verbesserungen im Bahnverkehr, die unmittelbar umgesetzt werden könnten: Erhöhung der Pünktlichkeit, Verdichtung des Taktverkehrs in Stoßzeiten, stündlich verkehrende Neitech-Züge sowie eine Erhöhung des Sitzplatzangebots.“

Im Ruhrgebiet und in München setzten Bundes- und Landesregierungen Planungen für einen Metrorapid durch. Hierzu gab es im Juni 2000 und im Januar 2002 Veranstaltungen mit W.W. in Oberhausen, Düsseldorf, Duisburg und Mülheim/Ruhr mit guter Presseresonanz. Eine Broschüre in Zusammenarbeit mit Initiativen und PDS vor Ort erscheint im Februar 2002.

Gute Fahrt mit Tempo 130 auf Autobahnen

Als einziges europäisches Land erlaubt sich die Bundesrepublik eine nach oben offene Raserskala. Die PDS fordert 130 km/h Höchstgeschwindigkeit auf Bundesautobahnen. Entgegen ihren Aussagen von vor 1998 stimmten SPD und Grüne auch gegen diese PDS-Initiative im Bundestag. Ziele des Limits: Reduktion von Benzinverbrauch, weniger Ausstoß von Schadstoffen, Aggressionsabbau, weniger Unfälle, weniger Verletzte und Verkehrstote. Zu Beginn der Sommerferien 2000 demonstrierte ich mit PDS-Bundes- und Landtagsabgeordneten auf der Autobahnbrücke Dreilinden unter dem Motto: „Tempo 130 – kein Bock auf Sommersmog – die PDS wünscht: Gute Fahrt“.

Ökosteuern und Verkehrswende

Die von der Bundesregierung beschlossene Ökosteuern ist weder ökologisch noch sozial. Zu diesem Themenkomplex erarbeiteten wir Thesen, Vorschläge und Initiativen im Bundestag. Unter anderem forderte ich für die PDS statt einer EntfernungsPAUSCHALE eine EntfernungsZULAGE. Vorteil einer Entfernungszulage: Vielverdiener werden nicht einseitig entlastet.

Zur Debatte um die Energiepreise und zur Ökosteuern legte die PDS im Bundestag einen eigenen Antrag vor, in dem eine Neugestaltung der Ökosteuern, ein Schieneninvestitionsprogramm und eine konsequente ÖPNV-Förderung thematisiert werden.

Exemplarische Medienpräsenz beim Thema Verkehr: Die Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte in ihrem Magazin „Zeit-Punkte“ einen Artikel von mir zum Thema „Alternative Verkehrspolitik“. Beim Brühler Zugunglück sah ich als PDS-Obmann als einziger MdB den Untersuchungsbericht ein. Meine auf handschriftlich gemachten Notizen basierender Bericht wurde dann in der *Frankfurter Rundschau* vom 11.10.2000 als ganzseitige Analyse des Unfalls veröffentlicht. Dieser Bericht wurde danach in vielen anderen Medien zitiert und auch im Brühler Prozess seitens der Anwälte und dem Richter angeführt.

3. Initiative Bürgerbahn statt Börsenbahn

„Neue Schienen braucht das Land“. Mit diesem Slogan ging die von mir im November 2000 mitbegründete Initiative „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ erstmals an die Öffentlichkeit. In dieser (bisher 13köpfigen) Expertengruppe sind Menschen aus verschiedenen Parteien, aus den Bereichen Verkehrsplanung, Ex-Bahnmanagement, Gewerkschaften, Betriebsrat der Bahntechnik und der Medienwelt zusammengelassen.

Die Hauptanliegen der Initiative sind zusammengefasst: Verkehrsvermeidung; Verkehre verkürzen und verlagern; flächenhafter Erhalt und Modernisierung des Schienenverkehrs; die DB AG auf Grundversorgung statt auf den Börsengang orientieren; Tarife und Preise müssen eine Verkehrswende erleichtern; Kunden und Beschäftigte stehen im Mittelpunkt.

Koordiniert wird das Bündnis über den Betriebsratsvorsitzenden von Bombardier Mannheim Johannes Hauber und Winfried Wolf (MdB-Büro Berlin).

Zum InterRegio-Abbau wurde ein Faltblatt „InterRegio nach Nirgendwo“ in hoher Auflage und in vielen Zügen verteilt. In Baden-Württemberg setzte sich die Initiative u.a. mit Gangolf Stocker auf der Strecke Aulendorf-Friedrichshafen für den Erhalt des InterRegio ein.

Bei den Horber Schienentagen im November 2001 waren vier Vertreter der Initiative „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ präsent, während ich die PDS in der offiziellen Parteidebatte vertrat. Das SWR-Fernsehen berichtete über diese Konferenz.

Exemplarische Medienpräsenz: Bei keinem anderen Projekt gelang es besser, medial Präsenz zu zeigen. U.a. brachte die *Frankfurter Rundschau* drei Mal jeweils eine komplette Seite mit den Positionen unserer Gruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“; die Bundespressekonferenz derselben Expertengruppe im Juli 2001 fand in allen überregionalen und insgesamt in rund 100 anderen Printmedien Resonanz. Hinzu kamen TV- und Rundfunk-Interviews mit Vertretern der Gruppe. Der *Spiegel* und Verkehrsminister Bodewig griffen den Titel „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ wortwörtlich auf, natürlich nicht gerade zustimmend.

4. Regionale Aktivitäten im Verkehrsbereich:

Verkehrspolitische Initiativen vor Ort gab es von Winfried Wolf darüber hinaus zu Mannheim 21, ICE-Halt Mannheim, ICE-Neubaustrecke Frankfurt/M.-Stuttgart, Inselbahnhof Lindau, „Transrapid“ Tübingen-Stuttgart, Stuttgart 21, Gleisanschluss Königsbrunn, Umgehung Waiblingen, gegen den Flughafenausbau in Mörfelden, zu Metrorapid Düsseldorf-Dortmund, zum gezielten Erhalt von InterRegio-Strecken.

Im Sommer 2001 hatte ich ein offizielles Gespräch mit dem schienenfreundlichen Königsbrunner Bürgermeister Stütz. Dank des parteiübergreifenden Engagements wurde der damals bedrohte Gleisanschluss in Königsbrunn bisher nicht gekappt.

Exemplarische Medienresonanz: Die *Heidenheimer Neue Presse* überschrieb am 24.1.2001 einen Artikel über meine vor-



Uta Ranke-Heinemann, das die *Zeitung gegen den Krieg* in Ausgabe 4 brachte.

6. Arbeitsplätze, Soziales und Gewerkschaften

Wie in der vorausgegangenen Legislaturperiode organisierte Ute Abraham in meinem Berliner Abgeordnetenbüro und ich für die Bundestagsfraktion die Herausgabe der Zeitung „*Wirtschaft – Soziales – Widerstand*“, die ich Anfang 1995 gegründet hatte. Neben PDS-Bundestagsabgeordneten kamen in dieser Zeitung auch GewerkschafterInnen und Betriebsräte zu Wort. Die Zeitung wird vorwiegend im gewerkschaftlichen Spektrum wahrgenommen und genutzt.

Einladungen an mich als baden-württembergischen PDS-Abgeordneten gab es zu gewerkschaftlichen Veranstaltungen u.a. in Freudenstadt (IG-Metall-Konferenz zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes), Mannheim (DGB), Heidelberg, Stuttgart (jeweils das örtliche „Zukunftsforum“), Offenburg (kritische Gewerkschafter), Schwäbisch Hall (DGB), Tübingen (IG Medien), DGB-Pfingstcamp Bodensee. In Schwäbisch Hall hielt ich eine Laudatio auf den in beruflichen Ruhestand gehenden DGB-Kreisvorsitzenden Günter Volz.

Am 6.12. 2000 gab es auf Initiative von mir eine Aktuelle Stunde im Bundestag zur Privatisierung von Eisenbahnerwohnungen u.a. in Baden-Württemberg.

Zu Mietwucher in Eisenbahnerwohnhäusern schrieb ich einen Offenen Brief an Bahnchef Mehdorn.

Solidarität mit streikenden französischen Eisenbahnern überbrachte ich am 27.11. 98.

Im Stuttgarter Abgeordnetenbüro sorgte Bernhard Strasdeit für regelmäßigen Materialversand zu verschiedenen Themen an DGB und Einzelgewerkschaften.

Als Kritischer Aktionär engagiere ich mich bei DaimlerChrysler und bei der Mannheimer Verkehrs- u. Versorgungsgesellschaft MVV AG. Auf den Aktionärsversammlungen 2000 und 2001 der MVV-Mannheim hielt ich jeweils einen Redebeitrag.

Solidarität im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Besuche bei Belegschaften und Betriebsräten gab es u.a. bei den folgenden Unternehmen: Adtranz Mannheim, MVV-AG, Motorenwerke Mannheim, Großkraftwerk Mannheim, Transmedia Mannheim, John Deere – Landmaschinen, Heidelberger Druckmaschinen.

ausgegangene Bundestagsrede zum geplanten Gleisanschluss-Wegfall in Königsbrunn wie folgt: „*Aufregung im Bundestag: Königsbrunn ist überall. PDS-Abgeordneter Dr. Wolf liest Regierung die verkehrspolitischen Leviten.*“

5. Antikriegsarbeit

Seit 1998 bin ich zusätzlich Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Zweimal hielt ich die PDS-Rede zum Bericht der/des Wehrbeauftragten.

Antikriegsveranstaltungen, Beteiligung an Podien, Aktionen und Kundgebungen gegen den Krieg in Jugoslawien und Afghanistan gab es während der ganzen Wahlperiode.

Im Konkret-Buch „Bombengeschäfte“ analysierte ich den Zusammenhang zwischen Kosovo-Krieg und Ökonomie.

Unter anderem sprach ich auf Ostermarsch-Kundgebungen in Stuttgart und Überlingen (2000) und im Ruhrgebiet (2001).

Zeitung gegen den Krieg: Wenige Tage nach Beginn des Kosovo-Kriegs gründete ich die „Zeitung gegen den Krieg“. Sie erschien seither mit neun Ausgaben und einer addierten Auflage von rund 1,6 Millionen. Fünf Ausgaben gab es in Zusammenhang mit dem Krieg in Jugoslawien, die ersten drei in Verantwortung der PDS-Bundestagsfraktion, dann in Zusammenarbeit meines Büros mit Tobias Pflüger von IMI (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen). Die Zeitschrift wird seither finanziert und unterstützt aus der VVN-BdA, von jeweils 10 bis 17 PDS-Bundestagsabgeordneten und Gruppierungen aus der Friedensbewegung. Nach dem Kosovo-Krieg gab es zwei Ausgaben

zu den Ostermärschen in 2000 und 2001. Nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 und zum Afghanistankrieg erschienen weitere zwei Ausgaben.

Am 25.3.2000 organisierten das Abgeordnetenbüro und das Regionalbüro in Heidelberg (Helmut Roos) eine Konferenz der PDS-Bundestagsfraktion zu „Rüstungswirtschaft und Europäisierung der Rüstungsindustrie“ in Mannheim mit Fachleuten aus der Friedensbewegung.

Die Gelegenheit zur Solidaritätsbekundung mit Tobias Pflüger (Anklage wegen Aufruf zur Desertion) nutzte ich im Rahmen einer Bundestagsrede im Januar 2000 zum Bericht der Wehrbeauftragten Claire Marienfeld. Die örtliche Presse in Tübingen berichtete darüber.

Kleine Anfragen im Bundestag an die Bundesregierung zu diesem Bereich gab es aus meinem Büro zu den Bundeswehr-Manövern auf der Insel Vieques in Puerto Rico / zu Rüstungsgeschäften Deutschland-Südafrika / zur Unterstützung islamischer Milizen und Terrororganisationen / zur Lieferung von Minenwerfern und Anti-Panzer-Minen an die griechische Regierung / zur Rüstungsmesse IDEX '99 / zur Lieferung von Rüstungsmaterial an die Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate / zu Uranunfall im Panzerwald bei Mannheim / zur NATO-Pipeline über den Schwarzwald.

Aus der Arbeit gegen den Afghanistan-Krieg entstand mein neues Buch „Der Krieg um Afghanistan und die neue Weltordnung“, das im März 2002 bei „Konkret Literatur“ erscheint.

Exemplarische Medienresonanz: Die *FAZ* reagierte auf ein Interview mit der PDS-Bundespräsidentenskandidatin

Redebeiträge für die PDS hielt ich auf dem Gewerkschaftstag von Transnet in Magdeburg und auf der Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer GDL in Stuttgart.

Exemplarische Medienresonanz: Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* berichtete in der Ausgabe vom 30.11.2000 über den Transnet-Kongress wie folgt:

Der PDS-Politiker Wolf erntet den meisten Beifall. Geschickt weiß er die Stimmung gegen alle anderen Parteien zu wenden. Die Hauptverantwortung trifft natürlich die vorige christlich-liberale Koalition, sagte er, „aber Mehdorn war der Wunschkandidat von Schröder“, und dessen Ziel sei es gewesen, die Bahn möglichst rasch an die Börse zu bringen. Er habe Anhaltspunkte dafür, dass die Zahl der Beschäftigten bis 2015 halbiert und bis 2003 44% der Lokführer im Fernverkehr abgebaut werden sollen. „Ich kann nicht erkennen, dass in irgendeiner Weise gegen diesen Kurs gesteuert wird“, rügt er, und der Saal applaudiert heftig

7. Internationalismus und Kritik am Neoliberalismus

In den Buchpublikationen „CasinoCapital“ und „Fusionsfieber“ schrieb ich über weltweite ökonomische Prozesse und argumentierte gegen eine Mystifizierung der Globalisierung.

Buchvorstellungen gab es außer in linken Medien wie *Konkret*, *ND*, *junge Welt*, *ak*, *SoZ* im Ländle auch in der *Waiblinger Zeitung* und der *Lindauer Zeitung*.

Ich war Referent auf dem Kongress „Das andere Davos“ in Zürich im Januar 2001 und im Januar 2002 mit Beiträgen zu Neoliberalismus, Globalisierung und Krieg.

Genua Juli 2001: Mit anderen Abgeordneten nahm ich Stellung gegen Inhaftierungen und Misshandlungen von Globa-

lisierungsgegnern in italienischen Gefängnissen. Wegen zwei namentlich bekannten deutschen Inhaftierten aus Tübingen verhandelte ich mit der italienischen Botschaft und dem deutschen Konsulat in Mailand. Die widerrechtlich Festgehaltenen wurden ohne ein späteres Verfahren freigelassen.

Es gab die folgenden parlamentarische Anfragen zum Bereich Internationales: Zur Lage in Angola als dem größten Waffenimporteur Afrikas / zu Hilfeleistungen für Nicaragua nach dem Hurrikan „Mitch“ / zu Ärztebrigaden sowie Medikamenten aus Kuba, die von der Regierung abgelehnt wurden / zur wachsenden Militarisierung in Mindanao (Philippinen) / zum Abbruch der MAI-Verhandlungen / zur Forderung nach Auslieferung von General Pinochet nach Deutschland aufgrund von Strafanzeigen von Folteropfern / zur Weltbankbeteiligung am Öl- und Pipelineprojekt im Tschad und in Kamerun / zur Repression gegen die Bevölkerung und Umweltschäden im nigerianischen Gebiet der Ogoni / zur Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Großstaudammprojekten / zur Hermesbürgschaft für das Tehri-Staudamm-Projekt in Indien / zum Ilisu-Staudamm in der Türkei“.

Eine größere Zahl meiner Veranstaltungen galten der internationalen Solidarität, z.B. im Gefolge meiner Teilnahme an dem „Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“ in Chiapas, Mexico, als Solidarität für die Zapatista.

Exemplarische Medienresonanz: Das *Neue Deutschland* brachte einen längeren Bericht von mir über das aktuelle Chile und meinen Besuch vor Ort in einem ehemaligen Folterzentrum der chilenischen Geheimpolizei unter Pinochet.



DGB-Jugendcamp im Juni 2000 in Markelfingen am Bodensee

8. Einwanderungspolitik, Kampf gegen Rechtsextremismus und soziale Ausgrenzung

Unterstützung von Flüchtlingen aus BaWü, die von akuter Abschiebung bedroht sind, Kontakte zu Bezirksstellen und Innenministerium in Stuttgart. Öffentlich setzte ich mich ein für ein Bleiberecht für die im Kirchenasyl lebende Familie Güler.

Zur Situation eines aus Ludwigshafen in die Türkei abgeschobenen Asylbewerbers gab es eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung meines Büros. Nach der Abschiebung des Wehrdienstverweigerers sowie seiner schwangeren Frau und seinen drei kleinen Kinder in die Türkei wurde bekannt, flog ich zusammen lokalen BI-Leuten und einem FR-Journalisten nach Istanbul und setzte mich vor Ort direkt für den Gefangenen ein. Die Aktion brachte einen bedingten Erfolg.

Unterstützung von Aktivitäten gegen REPs und NPD besonders im Landtagswahlkampf. Unterstützung von und Beteiligung an antifaschistischen Demonstrationen und Veranstaltungen u.a. in Rottweil, Mannheim, Tübingen, Winnenden, Ludwigsburg.

Am 25.9.00 berichtete der *Schwazwälder Bote* über eine Kundgebung gegen neonazistische Übergriffe in Rottweil und meinen dortigen Aufruf zu aktivem Widerstand gegen Rassismus und Rechtsextremismus. In Heidelberg engagierte ich mich mit örtlichen Antifaschisten für eine rasche und wirksame Zwangsarbeitsschädigung. In einem Offenen Brief forderte ich die Heidelberger Oberbürgermeisterin dazu auf, vor Ort für eine rechtzeitige Ermittlung von Betroffenen zu sorgen.

Exemplarische Medienresonanz: Die Katholische Nachrichtenagentur KNA griff die PDS-Kritik an Mehdorns Angriff auf die Bahnhofsmissionen positiv auf.

9. PDS-Aufbau in Baden-Württemberg

Während der Wahlperiode bestritt ich Veranstaltungen, Kundgebungen und Podien in allen größeren Städten Baden-Württembergs: in Backnang, Freiburg, Freudenstadt, Heidelberg, Heidenheim, Heilbronn, Horb, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Ludwigsburg, Nürtingen, Offenburg, Ravensburg, Reutlingen Schorn-dorf, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Waiblingen, Weingarten, Weinheim. In den meisten Städten war ich bei mehreren Veranstaltungen, vorwiegend zu den Themen Verkehr, Krieg Jugoslawien/Afghanistan, Globalisierung. Veranstalter waren örtliche PDS-Gruppen, Verkehrsinitiativen, Gewerkschaften, Friedensgruppen.

Auch ließ sich Parlamentarisches für die Arbeit vor Ort einsetzen, zum Beispiel die



Besuchergruppe aus Baden-Württemberg unter der Reichstagskuppel

genannten Kleinen Anfragen an die Bundesregierung zum Uran-Unfall der US-Army im „Panzerwald“ bei Mannheim oder zur NATO-Pipeline (Kehl – Schwarzwald – Tübingen).

Monatliche Treffen in Stuttgart und Mannheim („jour fixe“)

Seit Februar 2000 gibt es monatlich ein sonntägliches Treffen – „jour fixe“ – mit mir in Stuttgart, und, seit Anfang 2001 auch ein solches in Mannheim. Behandelt werden aktuelle Themen jeweils in Form eines Referats und anschließender Diskussion. In beiden Städten ist das jour fixe inzwischen zu einer gutbesuchten festen Einrichtung geworden, obgleich Tag und Zeit (Sonntag 11 Uhr bzw. 16 h) nicht gewöhnlich sind. In Stuttgart kommen regelmäßig 35 bis 50 Personen, in Mannheim 10 bis 20.

Einige Themen: CDU-Spendenskandal, Bahnpolitik, Verkehrswende, Ökosteuer-Energiepreise, Bilanz von Rot-Grün, Trotzki, Bedeutung der Revolte von 68, DaimlerChrysler, drohende Weltwirtschaftskrise, Neue Weltordnung, Afghanistankrieg.

Die *Stuttgarter Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 9.7. 2001 über eines dieser Treffen mit Thema „Bilanz der DDR“: „Die Mauer war ein Armutszeugnis, sagt der baden-württembergische PDS-Abgeordnete Winfried Wolf Mit solchen Worten kann der Westlinke, der sich gegen Form und Zeitpunkt des (PDS-)offiziell geäußerten Bedauerns zum Mauerbau gewandt hat, nicht auf

ungeteilten Beifall rechnen...“

Nach den Kommunalwahlen am 24. Oktober 1999 zog die PDS erstmals in sechs Kommunalparlamenten ein. Diese Arbeit wurde von unserem Büro nach Kräften unterstützt, insbesondere in Tübingen, wo die Tübinger Linke/PDS über eine Fraktion im Gemeindeparlament verfügt.

Exemplarische Medien-Resonanz: Unter dem Titel „Ein Wolf und sein Großstadt-Revier“ porträtierte die *Horber Zeitung* mich am 15.7.2000. Das *SWR-Fernsehen* brachte Januar 2002 einen 5-Minuten-Bericht über mich und meine Arbeit als PDS-MdB. Die *Stuttgarter Nachrichten* brachten ein Interview mit mir nach dem Parteitag in Münster (18.4.2000); die *Stuttgarter Zeitung* interviewte mich nach dem Dresdener Parteitag v.a. zur Perspektive der Grünen (23.11.2001).

10. Debatte um sozialistische Programmatik geht weiter

In Stichworten: Seit 2000 Mitarbeit in der PDS-Programmkommission. Miterarbeitung eines Minderheitenvotums, in dem ein programmatischer Richtungswechsel der PDS abgelehnt und eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des bisherigen Programms eingefordert wird. In diesem Sinn erfolgte im Frühjahr 2001 auf meine maßgebliche Initiative die Erarbeitung des alternativen „Programmmentwurfs 2“ im Vorfeld des Dresdner Parteitags. Die zentralen Kritikpunkte am Entwurf der Genossen Brie-Klein-Brie bestehen auch nach dem Dresdner Parteitag weiter: Die Kritik, die im geltenden Programm an der kapitalistischen Produktionsweise formuliert ist, wird abgeschwächt; die Bundeswehr und deren Beteiligung an neuen Kriegen ist kein oder kaum Thema – das aber muss heute in das Zentrum gerückt werden, so wie 1995 die Bundestagsgrup-

pe geschlossen das T-Shirt im Bundestag trug: „Ohne uns!“ Eine sozialistische Perspektive wird auf ein Wertesystem reduziert, anstatt das Ziel einer anderen, solidarischen Gesellschaft zu konkretisieren.

Differenzen bestehen nicht darüber, Sozialismus über umfassende Menschenrechte zu definieren und dass sich ein solcher von gescheiterten Systemen zu unterscheiden hat. Einigkeit gibt es auch darüber, dass breitest mögliche Bündnisse in der Gesellschaft für soziale und demokratische Rechte hergestellt werden müssen. Aber unterschiedliche Auffassungen und Absichten gibt es dazu, ob sich die PDS herrschenden Zwängen politisch anpasst.

Exemplarische Medienresonanz: Im *Spiegel* (20/2001) wurde PDS-Geschäftsführer D. Bartsch gefragt: „Haben Sie den Gegenentwurf von Wolf gelesen?“ Antwort Bartsch: „Ich bin kein solcher Anhänger des Trotzismus, dass ich das selbst lesen muss.“ Die *Märkische Allgemeine Zeitung* brachte auf einer Seite ein Streitgespräch zwischen Dieter Klein und mir zum Thema Programm-Debatte der PDS; die *Süddeutsche Zeitung* druckte am 5.10.2001 ein Interview mit mir.

Im kommenden Bundestagswahlkampf kommt es darauf an, die reaktionäre Variante Stoiber zu verhindern und gleichzeitig sozialistische Alternativen zum Schröder/Fischer-Kurs der sogenannten „Neuen Mitte“ deutlich zu machen. Dabei stehen Schröder und Stoiber für eine Politik, die Militarisierung nach außen und Repression im Inneren bedeutet. Die PDS wird unter den derzeitigen Kräfteverhältnissen nur etwas bewirken, wenn sie im Bund aktive Oppositionspartei in Sachen Frieden und sozialer Gerechtigkeit bleibt.

Anmerkung: Ich habe mir Ende 1994, nach meiner ersten Wahl in den Bundestag, das Ziel gesetzt, als verkehrspolitischer Sprecher der PDS meine Mobilität so zu organisieren, wie wir das politisch auch einklagen. Ich war mir damals nicht sicher, ob das geht. Es geht: Seit ich im Bundestag bin, habe ich alle meine Termine mit der Bahn erreicht (Bernhard Straßdeits „Transfers“ im Ländle selbst abgerechnet) und keinen einzigen Binnenflug zurückgelegt. Privat habe ich bereits 1985 aufgehört, Auto zu fahren.

Die Homepage des Abgeordnetenbüros Winfried Wolf: www.winfried-wolf.de

www.winfried-wolf.de

